

Rechte Eine Frau, die unerkannt Einfluss nehmen will, verzichtet auf die NPD-Mitgliedschaft.

Die Nazi-Mutter

Wie eine Rechtsradikale sich tarnt, um am Elternstammtisch in Ruhe agitieren zu können

Von Volker Schmidt

Sabine R. ist ein funktionierendes Mitglied der Bürgergesellschaft. Sie sitzt im Elternbeirat zweier Schulen, sie lebt ein unauffälliges Leben mit Hobbys wie „lecker essen gehen“ und „künstlerisches Werkeln“, sie hat mit zehn Kindern dazu beigetragen, die Rente zu sichern. Bundespräsident Roman Herzog übernahm die Ehrenpatenschaft des siebten Kindes, das tut das Staatsoberhaupt bei allen siebten Kindern.

Enibas ist Nationalsozialistin. Sie moderiert Foren auf thiazi.net, der wohl wichtigsten deutschen Neonazi-Plattform im Internet. Sie verehrt Joseph Goebbels und Leni Riefenstahl, feiert Hitlers Geburtstag und freut sich, dass „Jude“, wie sie meint, wieder ein „Schimpfwort“ sei. Enibas findet, „für den Volkserhalt ist es notwendig, dass Mann und Frau wissen, dass das höchste Glück auf Erden in vielen Kindern und einer guten Ehe liegt“. Sie glaubt, „dass ein Mensch mit einem gesunden Rassebewusstsein einfach kein Verlangen nach fremdrassigem Sex hat“. Homosexualität hält sie für „eine Krankheit, für die es leider noch keine Heilung gibt“ – denn Schwule tun ihre Pflicht nicht: „eine deutsche Familie zu gründen“. Sie selbst hat zehn Kinder, Hund und Meerschweinchen.

Sabine R. ist Enibas, sagen Antifa-Aktivistinnen. Auf Flugblättern an ihrem Wohnort und per Internet haben sie sie jetzt geoutet. Die Autonome Antifa Freiburg (AAF) hat auf thiazi.net die hier wiedergegebenen Zitate gesammelt, Bilder, die Enibas von sich in Netz gestellt hat, sowie Fotos, die sie bei Neonazi-Demonstrationen zeigen. Kein Zweifel: Die Frau auf den Bildern ist dieselbe wie auf der Homepage von Sabine R.

Sabine R. spricht nicht mit der Presse. Sie lässt sich von ihren Kindern verleugnen oder schickt ihren Mann vor, der alles abstreitet – kein Wunder: Viele Äußerungen von Enibas sind illegal. Doch die Reaktionen auf das Outing liefern weitere Indizien: Die Homepage der



Von Enibas gebacken und ins Netz gestellt: Geburtstagstorte für Adolf Hitler.

Familie „wird zur Zeit überarbeitet“. Die übelsten Zitate sind von thiazi.net verschwunden. Moderatorin Enibas hat sich in „Heller Schatten“ umbenannt. Zu spät. Um Sabine R. auf die Schliche zu kommen, reichte es, den Usernamen Enibas rückwärts zu lesen und ein paar Informationen zu googeln, die sie von sich preisgibt. Bei „Sabine Großfamilie Meerschweinchen“ ist der erste Treffer die Kabel-1-Reportage „Unternehmen Großfamilie“ von 2004. Mit den Informationen dazu – darunter Namen aller zehn Kinder – ist die Homepage von Familie R. schnell gefunden.

Gegenteil des Klischees

Im Kabel-1-Text heißt es über Sabine R.: „Die Mutter ist Köchin, Putzfrau, Zuhörerin, Krankenschwester und Spielkameradin in einer Person.“ Dass sie Torten mit Hakenkreuz-Guss backt, als Sani-

tätshelferin bei Neonazi-Demos fungiert und mit den Kindern bei Gleichgesinnten „Wikingerspiele“ veranstaltet, deretwegen auch mal die Polizei gerufen wird, fiel dem Kabel-1-Team offenbar ebenso wenig auf wie dem SWR, der 2007 über die Familie berichtete.

Sabine R. ist das Gegenteil des Klischees vom jungen, männlichen, schlecht ausgebildeten, arbeitslosen, ostdeutschen Neonazi, Tarnung ihre Taktik. Enibas schrieb: „Ich glaube, niemand würde mich mehr in den Elternbeirat unserer Schule wählen, wenn ich in der NPD wäre. Dann täte man mich als ‚bösen Nazi‘ abstempeln und niemand würde mir mehr zuhören.“ Deshalb sei sie „nirgends offiziell organisiert“.

Am Elternstammtisch hätten „die meisten Eltern eine recht gesunde Auffassung“, fruchtbarer Boden für „subtilen Einfluss“, findet Enibas: „Wir müssen nun

schmiegsam und anpassungsfähig sein“ – wie es unser Führer so ergreifend sagte. „Was Enibas von ihrer Tätigkeit als Elternvertreterin erzählt, klingt weder subtil noch geschmeidig: Sie agitiert gegen Aktionswochen „Schule ohne Rassismus“, macht Schülerinnen lächerlich, die Neonazis fürchten, hetzt gegen „Mulattenkinder“.

Vor allem wegen der Tätigkeit im Elternbeirat haben Antifa-Aktivistinnen Sabine R. jetzt geoutet. Wie der mutmaßliche NPD-Bombenbastler aus Lörrach, den die AAF 2009 auffliegen ließ, sei Enibas „eine Gefahr“: weil sie als Elternvertreterin Unbedarfte ebenso indoktriniere wie ihre eigenen Kinder, weil sie mit Vorträgen Neonazis festige, weil sie als Antifa-Aktivistin Gegendemonstranten bei rechten Kundgebungen fotografiere und die Bilder ins Internet stelle. Dafür hat sich die Antifa nun gründlich revanchiert.

Ringen ums Atom

Koalition entscheidet über Laufzeitverlängerung

Von Steven Geyer

BERLIN. Im Streit um die Laufzeitverlängerung für deutsche Atomkraftwerke rückt eine Entscheidung näher. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) will am heutigen Freitag vor der Bundesratssitzung am Vormittag mit den Unions-Ministerpräsidenten aus den Kernkraftländern und den Bundesministern der CDU darüber beraten. Ziel des Treffens im Kanzleramt dürfte eine Vorentscheidung darüber sein, um wieviele Jahre die AKW-Laufzeiten verlängert werden.

Sowohl Innen- und Justizministerium, als auch der Ex-Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, gehen in Gutachten davon aus, dass nur geringe Verlängerungen ohne Zustimmung des Bundesrats auskämen. Da Schwarz-Gelb dort keine Mehrheit hat, dürfte Merkel für moderate Laufzeitverlängerungen von acht bis 12 Jahren plädieren.

Offen ist zudem, wie die Zusatzgewinne der Versorger abgeschöpft werden sollen. Schätzungen gehen von mehr als 60 Milliarden Euro Gewinn aus. Laut Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) prüft die Regierung eine Steuer auf Brennelemente für AKW. Die Industrie lehnt diese ab und plädiert für einen Fonds oder einen Staatskredit für die Förderung von erneuerbaren Energien, den die Betreiber aus ihren Zusatzgewinnen bestücken oder tilgen würden. Für die Unternehmen hätte das den Vorteil, dass es nach einem Regierungswechsel schwerer würde, erneut aus der Atomkraft auszusteigen – weil die Gelder fehlten. Die Gewerkschaften forderten die Regierung dagegen auf, am Atomausstieg festzuhalten. „Ein intelligenter Energiemix der Zukunft kommt ohne Kernkraft aus“, sagte der DGB-Vorstand Dietmar Hexel der FR. „Es wäre zudem ein politisch unsauberes und undemokratisches Vorgehen der Regierung, diese wichtige Entscheidung am Bundesrat vorbeimogeln zu wollen.“
Seiten 11, 20/21

Rechtsextrem oder rechtsextremer?

Die gebeutelte NPD wird auf dem Bundesparteitag in Bamberg ihren Richtungsstreit austragen

Von Jörg Schindler

Das Polizeiaufgebot ist bestellt, die Gegendemos sind angemeldet. Bamberg rüstet sich für den NPD-Bundesparteitag am Wochenende. Er ließ sich gerichtlich nicht verhindern. Es soll endlich der mehrfach verschobene Strategieparteitag der Rechtsextremen sein, die neuerdings als „Soziale Heimatpartei“ firmieren.

Mit runderneuertem völkischen-nationalen Programm und der Kampagne „Her mit der D-Mark“ will die NPD die „Systemkrise“ nutzen. Ob ihr das gelingt, ist zweifelhaft: Gerade mal 1,5 Prozent bekamen die „Nationaldemokraten“ bei der Bundestags-

wahl, in NRW nur 0,9 Prozent. „Aus dem wackeligen ‚Deutschlandpakt‘ mit der DVU soll eine Fusion werden, doch die DVU gibt es kaum noch.“ Und die Finanzsituation der Partei, die 2009 rund 1,2 Millionen Euro vom Staat erhielt, bleibt prekär. Wegen fehlerhafter Rechenschaftsberichte verlangt die Bundestagsverwaltung etwa 2,1 Millionen Euro zurück. Verliert die Partei zwei anhängige Prozesse, könnte ihr der Ruin drohen. Ihr Hauptgeldgeber, der Rassenideologe und Immobilienspekulant Jürgen Rieger, starb 2009.

Der Anwalt fehlt der NPD auch als Integrationsfigur. Der Parteivize hatte den militanten Flügel bei der Stange gehalten, der den

„Kampf um die Parlamente“ für vergeudete Zeit und vor allem die sächsische Landtagsfraktion für zu weich hält. In Bamberg mündet der Streit über „sächsischen Weg“ versus „Kampf um die Straße“ in drei Programmentwürfe und rund 200 Änderungsanträge. Der Entwurf des Kreisverbandes Eichsfeld skizziert einen Apartheidstaat, in dem Ausländer aus der Sozialversicherung geworfen und schnellstens abgeschoben werden. Auf der Wunschliste der Dunkelbraunen stehen „Wiederherstellung des Deutschen Reiches“, Todesstrafe sowie das „Schöne, Arteigene und Gesunde“ als „Maßstab von Erziehung und Kunst“.

Im Vergleich bleibt der Entwurf des NPD-Vorstands oberflächlich auf dem Boden der Verfassung. Aber auch darin stehen Sätze wie „Integration ist gleichbedeutend mit Völkermord“ oder „die NPD bestreitet die Rechtmäßigkeit der nach dem Krieg durch die Alliierten erzwungenen Grenzanerkennungsverträge“.

Die NPD wird sich entscheiden müssen zwischen rechtsextrem und rechtsextremer. Die Öffentlichkeit wird vom Streit wohl wenig mitbekommen: Auf der Tagesordnung steht ein Antrag, Pressevertreter auszuschließen. Ein fast gleichlautendes Papier wurde auf dem vorangegangenen Parteitag unter Gejohle verabschiedet.

Ermittlungen gegen Zollitsch

Beihilfe zu Missbrauch

FREIBURG. Gegen den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, wird wegen Beihilfe zum sexuellem Missbrauch von Kindern ermittelt. Der Erzbischof Freiburg soll bekannt gewesen sein, dass es im Kloster Birnau am Bodensee zu sexuellen Übergriffen durch einen Pater gekommen sei, bestätigte die Freiburger Staatsanwaltschaft am Mittwoch. Zollitsch soll als zuständiger Personalreferent der Erzbischofskonferenz im Jahr 1987 veranlasst haben, dass dieser Pater erneut angestellt wurde. Die Erzbischofskonferenz wies die Vorwürfe als unbegründet und „sensationsheischend“ zurück. dpa